



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wirtschaftliche und finanziell gescheiterte Corona-Lockdown-Politik unverzüglich beenden - Rückkehr zur Normalität sofort einleiten

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/7265**

Der Landtag wolle beschließen:

Klare Perspektiven für Sachsen-Anhalt im Lockdown - Fortschreibung des Sachsen-Anhalt-Plans

1. Der Landtag unterstützt die Landesregierung in dem Ziel der Fortschreibung des Sachsen-Anhalt-Plans und begrüßt, dass durch diesen Plan Perspektiven für die Bürger*innen, die Kinderbetreuung und Schulen, die Wirtschaft, die Kunst- und Kulturbranche sowie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche festgeschrieben werden.
2. Der Landtag begrüßt die Bemühungen der Bundes- und Landesregierung, die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Lockdowns durch die Überbrückungshilfen I bis III sowie die Neustarthilfe aufzufangen. Er kritisiert allerdings, dass es zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen bei den Auszahlungen gekommen ist. Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich weiterhin gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass Verzögerungen vermieden werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Erstattung der Lebenshaltungskosten mit den vom Bund initiierten Programmen nicht zufriedenstellend für die Soloselbstständigen und Unternehmer*innen gelöst worden sind und viele Branchen, wie z. B. Einzelhandel, Hotellerie, Gastronomie und Reisebüros, die Verluste in den kommenden Monaten nicht aufholen können. Der Landtag bittet daher die Landesregierung, dies bei allen konjunkturorientierten Hilfen in den kommenden Monaten zu berücksichtigen und auch auf Bundesebene zu vermitteln.
4. Die Landesregierung wird gebeten, auch weiterhin bei notwendigen Schließungen die langfristigen finanziellen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen zu beachten. Hierzu zählen u. a. finanzielle Einbußen bei Unternehmer*innen, finanzi-

(Ausgegeben am 18.02.2021)

elle Einbußen bei Arbeitnehmer*innen durch Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverlust, finanzielle Einbußen bei Familien durch Arbeitszeitverkürzungen, Lernrückstände bei Schüler*innen, Verstärkung von Bildungsungerechtigkeit, Vereinsamung sowie psychische Schäden bei Bürger*innen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN